



Réckschrëtt an der Energiepolitik :

**de Mouvement Ecologique steet fir e konsequentalen Asaz
dergéint a fir d'Energietransition**

Die richtigen Anreize zu setzen ist das A und O, damit die Energietransition gelingen kann. Dabei muss ein besonderer Fokus auf finanzschwache Haushalte gelegt werden. Leider verpasste die Regierung 2024 die Gelegenheit, in beiden Themen wirklich positive Akzente zu setzen, ganz im Gegenteil.

Es wurden Entscheidungen getroffen, die - zumindest nach Außen hin - nicht auf nachvollziehbaren Fakten basierten. Der Mouvement Ecologique intervenierte mehrfach. Das Thema wird sonder Zweifel die Arbeiten 2025 des Mouvement Ecologique besonders prägen.



REGIERUNG RUDDERT BEI WÄRMEPOMPELEN ZERÉCK

Für Unverständnis sorgte eine Mitteilung der Regierung, dass sie den aktuellen Entwurf des so wichtigen nationalen Energie- und Klimaplanes abschwächen will. Dies, obwohl es eigentlich keinen Anlass dafür gibt. Das Dossier ist etwas fachlich, doch von grundsätzlicher Bedeutung.

2024 wurde der Vorentwurf des nationalen Energie- und Klimaplans (PNEC) überarbeitet und im zuständigen Ausschuss im Parlament diskutiert. Hier kam es unerwartet zu einem Sinneswandel der Regierung, der erhebliche Folgen für das Erreichen der luxemburgischen Klimaziele haben könnte.

Dabei ging es um den phasenweisen Ausstieg ("Phase-Out") aus fossilen Heizungen.

Zu den Fakten: Fast 20% der nationalen Treibhausgasemissionen entstehen durch das Heizen (und das Kühlen) von Wohn- und Zweckgebäuden.

Es ist deshalb zum Einhalten der Klimaziele – Rückgang der Emissionen um 55% im Vergleich zu 2005 bis 2030 – von äußerster Bedeutung, dass in diesem Bereich Reduktionen erfolgen. Ganz besonders im Gebäudesektor, für den der PNEC eine Verringerung von -64% bis 2030 vorsieht. Deswegen müssen gute Rahmenbedingungen gesichert sein, damit fossile Energieträger – Gas und Heizöl – durch erneuerbare Energieträger ersetzt werden.

Deshalb stand im Entwurf des PNEC – der in Brüssel eingereicht wurde –, dass der Staat die nötigen Rahmenbedingungen und Unterstützung schafft, um beim Ersetzen einer Heizung den Einsatz von Wärmepumpen zu bevorzugen. Die Freiwilligkeit stand demnach an oberster Stelle und der Staat gab sich selbst als Vorgabe, Bürger:innen durch (finanzielle) Anreize zu motivieren, sich für einen nachhaltigen Heizungsaustausch zu entscheiden.

Erst als letztes Mittel wurde angeführt, dass in einigen Jahren – falls mit diesen Anreizen und freiwilligen Maßnahmen die Klimaziele nicht erreicht werden würden – ggf. obligatorische Regeln erlassen werden müssten. Diese würden jedoch NUR den Ersatz von defekten – oder nicht mehr den Normen entsprechenden – Heizungsanlagen betreffen, nicht aber die, die noch funktionieren (dabei wurden aber sogar weiterhin Ausnahmen vorgesehen).

Die Regierung strich aber letztere Vorgabe, dass im Falle eines Nicht-Erreichens der Ziele, ggf. obligatorisch gehandelt werden muss. Ein nicht nachvollziehbarer Rückschritt, so der Mouvement Ecologique, der zudem wissenschaftlich nicht untermauert sei.

KLIMASCHUTZGESETZ: WOU BLÉIFT ENG SACHLECH FAKTEBASÉIERT DEBATTE ?

Im ersten Jahr ihrer Arbeit hat die Regierung entschieden, die Förderung der E-Wagen erheblich zu reduzieren. Der Mouvement Ecologique ist bekanntermaßen kein Verfechter des Autoverkehrs. Aber: wir brauchen im Verkehrsbereich – neben weiteren Investitionen in öffentlichen Transport und sanfte Mobilität – die Transition vom Verbrenner zum E-Wagen, wenn wir die CO₂-Ziele einhalten wollen – dies für breite Teile der Bevölkerung.

Die Regierung hat entschieden, die Förderung von 8.000.- € recht drastisch zu reduzieren: Auf 6.000.- € für Wagen mit einem Verbrauch bis zu 16 kWh/100 km und sogar auf 3.000.- € für solche mit einem Verbrauch zwischen 16kWh/100 km und 18kWh/100km.

Der Mouvement Ecologique hinterfragte im Vorfeld diese doch sehr erhebliche Reduktion der Förderung auf 3.000.- €. Aufgrund einer derartigen Reduktion der Zuschüsse besteht das Risiko, dass nunmehr Kunden wieder verstärkt für Verbrennerautos optieren würden. Die Politik gebe zu diesem Zeitpunkt letztlich ein falsches Signal. Die aktuelle Förderung von kleineren Wagen sollte noch eine gewisse Zeit beibehalten werden, so der Mouvement Ecologique, jene zwischen 16 und 18 kWh/100 km leicht, aber weniger drastisch reduziert werden.

Seitens der Regierung gab es zudem keine fundierte Begründung für diese Reduzierung. Auch lagen **keine Berechnungen** vor, inwiefern die Reduktion der Beihilfen noch die Einhaltung der im nationalen Klima- und Energieplan gesteckten Ziele gewährleisten könne. Verwiesen wurde lediglich darauf, E-Wagen seien billiger geworden (vor allem vom chinesischen Markt) und würden noch billiger werden.

Zudem sollte eine gezielte Eingrenzung der Förderung auch unter sozialen Gesichtspunkten erfolgen. Ab einem gewissen Kaufpreis eines Autos, der eher in der Luxuskategorie liegt und sehr hochpreisig ist, sollte der Käufer nicht mehr unterstützt werden. Nach dem Prinzip einer sozialen Selektivität kann sich eine Person, die sich z.B. ein Fahrzeug von 60.000.- € oder mehr leistet, diesen auch ohne öffentliche Förderung sicherstellen, oder auf kostengünstigere, ressourcenschonendere und effizientere Alternativen auf dem Markt zurückgreifen.

Der Mouvement Ecologique hatte im Rahmen der Diskussionen konstruktive Vorschläge dargelegt. Mit begrenztem Erfolg ... Die Frage, wie die Förderung der Energietransition gewährleistet werden soll, wird den Mouvement Ecologique in den kommenden Jahren mehr denn je begleiten.



Selektivere Förderung der E-Mobilität – den Mut haben große Klimakiller zur Kasse zu bitten!

Der Mouvement Ecologique thematisierte dabei auch das Problem, dass immer größer, immer schwerer werdende Autos angeboten werden. Dies trifft auch auf E-Autos zu. Diese Regierung ist mit dem Anspruch angetreten, die Energiewende und somit auch die Elektromobilität u.a. mit sozial selektiveren Fördermitteln voranzutreiben. Nun ist der Zeitpunkt dafür gekommen, so der Mouvement Ecologique anlässlich des Autofestivals, diese Absicht umzusetzen: Für die Förderung der E-Autos sollen differenzierte Regelungen festgelegt werden und somit indirekt eine soziale Selektivität gewährleistet sein.

Deshalb hat der Mouvement Ecologique u.a. vorgeschlagen, neben dem **Bonus-System** (den Subventionen), besonders CO₂-intensive Wagen mit einem **Malus-System** zu belegen, wie dies z.B. in Frankreich der Fall ist. Nicht die Gesellschaft soll für die Kosten aufkommen, die diese Verbraucher verursachen, sondern die Käufer selbst. Die Idee wurde zwar in der zuständigen Kommission der Abgeordnetenkammer diskutiert. Bis dato blieb es aber dabei.

NEI TARIFGESTALTUNG A STROUMPRÄISSE – KENG TRANSPARENZ AN ONNËTZ VERONSÉCHERUNG !

Ende 2024 sorgten Neuerungen betreffend die Gestaltung der Strompreise für Unverständnis. Dabei ging es darum, dass das Regulierungsinstitut - das „Institut de Régulation Luxembourgeois (ILR)“ – entschieden hat, das „Netznutzungsentgelt“ abzuändern, indem Spitzenverbräuche teurer werden. Diese haben in der Tat einen Einfluss auf die Netzausbau und verursachen besondere Kosten für den Netzbetreiber. Erklärtes Ziel ist es, durch diese neue Tarifstruktur die Kunden dazu zu bewegen, größere Verbrauchsspitzen zu vermeiden, damit auch die Kosten zum Netzausbau (die angesichts des steigenden Bedarfs an Strom und dem Ausbau der erneuerbaren Energien notwendig werden) reduziert werden können. So weit, so gut.

Parallel reduzierte die Regierung den Strompreisdeckel, da die Regierung diesen nicht unendlich im Ausmaß der vergangenen Jahre bezuschussen will. Eine gewisse Preiswahrheit ist in der Tat geboten.

Aber: Es stellen sich doch in beiden Fällen eine ganze Reihe von zentralen Fragen:

- Es lagen keine Kalkulationen über die Auswirkungen dieser Maßnahmen auf verschiedene Haushaltstypen vor. Dies hatte als Konsequenz, dass nicht nachvollziehbar war, wie die Tarife zustande kamen - für den Einzelnen schwer erkennbar ist, was die Neuerungen für ihn bedeuten würden. Dies weil unklar scheint, durch welche Verhaltensänderung man Spalten vermeiden und Kosten somit reduzieren kann. Reicht die zeitliche Verlegung eines Wasch- oder Spülmaschinenganges? Warum liegen - seitens des ILR oder anderer Akteure - noch keine Modellberechnungen vor, sodass die doch für viele Menschen abstrakte Regelung fassbarer und nachvollziehbar wird, so die Frage des Mouvement Ecologique.

Denn gerade das ist doch das Ziel: Die Preise sollen dazu führen, dass der Kunde weniger Spitzenlasten verursacht. Wenn er aber nicht sachlich und transparent informiert wird, welche Maßnahme was bringt, so führt eine solche Reform nur zu Unverständnis und vor allem wird das Ziel einer besseren Netzauslastung verfehlt. Demnach: Ärger beim Kunden, fehlende Akzeptanz und Ziel verfehlt. Hier muss unbedingt nachgebessert werden, um weiteren Schaden abzuwenden.

- Vor allem braucht es, so der Mouvement Ecologique, auch klarere Berechnungen und Transparenz, was diese Reformen für Kunden bedeuten, die in die Energiewende investiert haben: Sprich: auf die Elektromobilität und vor allem auf eine Wärmeleitung umgestiegen sind. Groben Berechnungen des Mouvement Ecologique zufolge werden sie nach wie vor weniger Kosten haben als Haushalte, die auf fossile Energien setzen. Ist dies aber wirklich der Fall? Und wie ist das Differenzial einzuschätzen?

Die Analyse des Mouvement Ecologique: Die neue Regelung ging in die richtige Richtung. Die Art und Weise der Einführung dürfte jedoch - aufgrund (bis dato) fehlender Informationen – kaum zu wirklichen Verhaltensänderungen führen. Somit riskiere das eigentliche Ziel, verfehlt zu werden: so schaffe man kein Vertrauen und keine Akzeptanz bei Menschen für eigentlich im Kern gute Anliegen...

Die Preise für das Netz werden weiter ansteigen, der Strompreisdeckel soll 2026 aufgehoben werden, ein intelligentes Energiemanagement ist wichtiger denn je. Deshalb wird das Dossier den Mouvement Ecologique sonder Zweifel auch 2025 in erheblichem Ausmaß prägen.

